

## **A n t r a g**

**der Fraktionen der SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

### **Gründungskultur stärken, Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Rheinland-Pfalz sichern**

1. Der Landtag stellt fest:

Junge Unternehmen sind für eine lebendige und zukunftssichere Wirtschaft von herausragender Bedeutung. Als Motor für Innovationen tragen Start-Ups wesentlich zur Einführung und Diversifizierung von Geschäftsmodellen und Wertschöpfungsketten bei. Dabei werden die Wirtschaft und insbesondere der Mittelstand in ihrer Vielfalt und Wettbewerbsfähigkeit gestärkt. Gerade in Rheinland-Pfalz, mit seiner breit aufgestellten Unternehmensstruktur und seinem international wettbewerbsfähigen Mittelstand, ist eine attraktive Gründungskultur unerlässlich, um den Standort zukunftssicher weiterzuentwickeln. Auch im Zusammenhang mit neuen globalen Transformationsprozessen, wie beispielsweise der Digitalisierung, müssen Start-Ups in der Entwicklung von innovativen Lösungen für unsere Wirtschaft und den internationalen Märkten unterstützt und begleitet werden, damit Arbeitsplätze und ein gutes Leben in Rheinland-Pfalz auch für die Zukunft gesichert werden.

Eine dynamische und attraktive Gründungskultur ist der Schlüssel für innovative Ideen und eine moderne wettbewerbsfreundliche Wirtschaftspolitik. Sie ist auch die Basis für eine durchlässige Wirtschaftsstruktur und ein inklusives Wachstum. Um in der globalisierten Welt wettbewerbsfähig bleiben zu können, müssen die Bedingungen zur Gründung und zum Wachstum junger Unternehmen von daher weiterentwickelt werden.

2. Der Landtag begrüßt:

Ein Fokus der Wirtschafts- und Mittelstandspolitik der Landesregierung liegt auf der Förderung von Gründungen. Ohne Gründungen werden viele ökonomischen Herausforderungen nicht oder nur schwer zu bewältigen sein. Daher werden in der Gründungsinitiative des Landes gezielt neue Impulse gesetzt.

In Rheinland-Pfalz besteht bereits ein vielfältiges Angebot an Informationen und Beratung für alle, die planen, sich selbstständig zu machen. Dabei arbeitet die Landesregierung gemeinsam mit den Wirtschaftskammern und den Hochschulen zusammen, um Gründungswillige auf diesem Weg zu unterstützen und zu begleiten.

Für die freiberuflichen Gründungen fördert die Landesregierung Information und Beratung durch das Institut für Freie Berufe. Technologie- und Gründerzentren des Landes unterstützen vorrangig diejenigen Gründungen, die technologiebasiert sind. Die regionalen Wirtschaftsförderungseinrichtungen bieten – meist in Zusammenarbeit mit Kammern, Sparkassen und Volksbanken, den Agenturen für Arbeit und weiteren Einrichtungen – Beratung an. An den Hochschulen bringen Gründungsbüros die Idee der Selbständigkeit in den Studienbetrieb. Die Finanzierung der Gründungsvorhaben wird durch die landeseigene Investitions- und Strukturbank gefördert.

Mit dem Aufbau der Gründungsallianz würdigt die Landesregierung das Engagement der Partner und schafft eine Plattform zur Bündelung und Intensivierung des

b. w.

erfolgreichen Dialogs. Innovative und mutige Gründerinnen und Gründer, die unsere Wirtschaft lebendig machen, sollen hierbei stärker in den Vordergrund gerückt werden, damit Rheinland-Pfalz zum gründerfreundlichsten Bundesland Deutschlands wird.

3. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,
- Gründungen in Rheinland-Pfalz weiter zu fördern,
  - innovative Ideen, Technologiegründer und junge innovative Unternehmen weiterhin mit geeigneten Förderprogrammen und -instrumenten zu unterstützen,
  - die finanziellen Fördermöglichkeiten verstärkt in die Öffentlichkeit und an alle Gründungswilligen heranzutragen,
  - alternative Finanzierungsmöglichkeiten für junge Unternehmen zu prüfen und zu fördern,
  - die unternehmerische Selbstständigkeit als einen Bereich der beruflichen Orientierung noch stärker in die schulische Bildung einzubeziehen und das bereits bestehende Angebot zu vertiefen,
  - die Perspektive Selbstständigkeit stärker in den Fokus der Hochschul-Lehrpläne zu rücken,
  - Gründungen durch Migrantinnen und Migranten stärker zu unterstützen,
  - Gründungen (auch im Nebenerwerb) von Frauen und Männern nach der Familienphase zu erleichtern,
  - rechtliche Regelungen und darunter auch steuerliche Regelungen gründungsfreundlicher und damit nachhaltiger zu gestalten,
  - zu prüfen, inwieweit Gründungen von Bürokratie entlastet werden und behördliche Anforderungen vereinfacht werden können,
  - den Wissenstransfer zwischen Gründerinnen und Gründern und etablierten Unternehmern durch das Einbeziehen von Kammern und Verbänden weiter zu fördern.

Für die Fraktion der SPD:      Für die Fraktion der FDP:  
Martin Haller                      Marco Weber

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Pia Schellhammer